

E-Book

Mathias Honig

Mini-Lexikon

Juni 2009

einzelhandelskaufmann.de
Das kaufmännische Basiswissen kurz & bündig.

Inhalt

A.....	5
Abschlussprüfung	5
Abmahnung	5
Arbeitszeugnisrecht.....	5
Arbeitspflicht	5
Artvollmacht.....	5
Ausbildungsvertrag.....	5
Ausbildungsdauer.....	5
Arbeitnehmer	5
Ausbilder.....	6
Agio.....	6
Arbeitgeber.....	6
Absatz	6
AktG.....	6
B.....	6
BetrVG	6
BIC.....	6
BilMoG.....	6
Bestimmungskauf.....	7
Betriebsvereinbarungen.....	7
BGB	7
Bundesversammlung.....	7
D	7
Dienstvertrag.....	7
durchschnittliche Lagerdauer.....	7
E.....	8
Der eiserne Bestand (Reserve).....	8
EStG	8
EKR.....	8
EWIV	8
e.K., e.Kfm	8
F	8
Formkaufmann	8

Firma.....	8
Frachtfrei (frei dort, frei Bahnhof)	8
Franchising	8
Frei Haus (frei Keller, frei Lager).....	9
G	9
Generalvollmacht	9
Gewinneinkunftsarten.....	9
Gläubiger	9
H	9
Handelsspanne	9
Hauptversammlung.....	9
HGB.....	9
Höchstbestand.....	10
I	10
IBAN.....	10
Insolvenz.....	10
IHK, Industrie- und Handelskammer	10
Inventar	10
K	10
Kalkulationsfaktor	10
Kalkulationszuschlag	10
Kaufmann	11
Kannkaufmann	11
KStG, Körperschaftsteuer	11
Kündigung.....	11
Kauf auf Abruf	11
Kauf auf Probe.....	11
Kauf nach Probe	11
Konkurrenzklausele.....	11
Komplementär (Vollhafter)	11
Kommanditist	11
M	12
Der Meldebestand.....	12
Mietvertrag.....	12
MoMiG.....	12
P	12

Pachtvertrag	12
Probezeit	12
Prokura	12
R.....	13
Rechtsobjekt.....	13
Rechtssubjekt	13
S.....	13
Saldo	13
Sitz	13
Schuldner.....	13
U	13
Umsatz.....	13
Unfrei (gesetzliche Regelung) Unfrei ab Bahnhof ab Bahnhof dort	13
V.....	14
Versetzung.....	14
Vertragsfreiheit	14
Verschwiegenheitspflicht	14
W	14
Wareneinsatz.....	14
Warenrohgewinn	14
Werkvertrag	14

A

Abschlussprüfung

Steht in der Regel am Ende einer Ausbildung. Umfasst eine Prüfung in Theorie und Praxis und soll überprüfen, ob der Prüfling sich den Lernstoff erfolgreich angeeignet hat.

Abmahnung

Mit der Abmahnung übt der Arbeitgeber sein Rügerecht aus. Er weist den Arbeitnehmer auf eine Verletzung im Arbeitsvertrag hin und fordert für die Zukunft ein arbeitsvertragsgerechtes Verhalten auf. Gründe für eine Abmahnung können sein: Alkoholgenuß während der Arbeitszeit, Arbeitsverweigerung, Störung des Betriebsfriedens usw.

Arbeitszeugnisrecht

Jeder Vollzeit-Beschäftigte hat ein Recht auf ein Arbeitszeugnis. In diesem Zeugnis darf nichts negatives über das Arbeitsverhalten des Arbeitnehmers stehen, weshalb die geheime Zeugnissprache von den Arbeitgebern eingesetzt wird.

Arbeitspflicht

Das heißt, der Arbeitnehmer hat die vereinbarte Arbeitsleistung zu erbringen.

Artvollmacht

erstreckt sich auf bestimmte regelmäßige anfallende Geschäfte. Zum Beispiel: für Abteilungsleiter, Verkäufer.

Ausbildungsvertrag

Enthält Angaben über den Ausbildungsberuf, Beginn und Dauer der Ausbildung, Arbeitszeit, Probezeit, Pflichten des Azubis

Ausbildungsdauer

Gibt Auskunft über die Länge einer Ausbildung. Steht im Ausbildungsvertrag und ist in dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelt.

Arbeitnehmer

Jeder, der sich einem anderen (Arbeitgeber) gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) zur Leistung von Diensten verpflichtet hat, ist Arbeitnehmer. Nach Art des Arbeitsbereichs zählen die Arbeitnehmer zum öffentlichen Dienst oder zur privaten Wirtschaft. Man unterscheidet Angestellte und Arbeiter, dazu kommen Volontäre, Praktikanten, Auszubildende. In der Heimarbeit Beschäftigte u.a. gelten als arbeitnehmerähnliche Personen. Nicht zu den Arbeitnehmern zählen Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige.

Ausbilder

Mit der Ausbildung beauftragtes Unternehmen, das ein Ausbildungsbeauftragten, mit der Ausbildung beauftragt. Um Ausbilder zu werden, muss man eine spezielle Ausbildung vor der IHK ablegen.

Agio

Ein Aufschlag, der über den Nennwert eines Wertpapiers oder Kredites liegt, der in Prozent angegeben ist.

Arbeitgeber

Arbeitgeber ist jeder, der einen anderen Menschen für eine Arbeit entlohnt.

Absatz

Unter Absatz versteht man die verkaufte Warenmenge in Stück, Liter, Kilogramm usw. Auskunft über diese Menge gibt die Absatzstatistik.

AktG

Abkürzung für Aktiengesetz.

B

BetrVG

Abkürzung für Betriebsverfassungsgesetz.

BIC

BIC steht für „*Bank Identifier Code*“ und bezeichnet damit die international standardisierte Bankleitzahl. Dadurch können weltweit Kreditinstitute eindeutig identifiziert werden. Der BIC, oftmals auch als SWIFT-Code bezeichnet, wird neben der IBAN als zweites Identifikationsmerkmal für die Weiterleitung der SEPA-Zahlungen benötigt. Der BIC setzt sich aus acht oder elf alphanumerischen Stellen zusammen. Für inländische SEPA-Zahlungen muss der BIC nicht zwingend angegeben werden.

BilMoG

Abkürzung für Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz. Hauptziel der Reform ist es, eine moderne Bilanzierungsgrundlage zu schaffen, mit der das deutsche Bilanzrecht an die internationalen Rechnungslegungsstandards angepasst wird. Der Deutsche Bundestag hat am 26.03.2009 das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz. Das vom Bundestag beschlossene Gesetz ist am 3. 4. 2009, vom Bundesrat verabschiedet worden. Am 25.5.2008 hat es der Bundespräsident unterzeichnet. Es tritt am 29.05.2009 in Kraft. Erstmalige Anwendung finden die meisten Vorschriften für Geschäftsjahre mit Beginn nach dem 31.12.2009.

Bestimmungskauf

Die genaue Beschaffenheit einer Ware wird erst später vom Käufer bestimmt.

Betriebsvereinbarungen

Werden zwischen den Arbeitgeber und dem Betriebsrat vereinbart. Hängen am Schwarzen Brett des Betriebes aus und regeln den genauen Betriebsablauf (Aufstellung des Urlaubsplanes, Arbeitsunfallverhütungsvorschriften etc.).

BGB

Abkürzung für Bürgerliches Gesetzbuch. Das BGB ist die wichtigste Rechtsquelle im Zivilrecht und ist am 1.1.1900 in Kraft getreten; es unterteilt sich in fünf Büchern: Allgemeine Teil (§§ 1 - 240 BGB), Schuldrecht (§§241-853 BGB), Sachenrecht (§§854-1296 BGB), Familienrecht (§§1297-1921 BGB) und Erbrecht (§§1922-2385 BGB).

Bundesversammlung

Die Bundesversammlung ist ein oberstes Bundesorgan und wird ausschließlich zu dem Zweck der Wahl des Bundespräsidenten vom Bundestagspräsidenten, der auch die Bundesversammlung leitet, einberufen. Spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt tritt die Bundesversammlung zusammen. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden.

D

Dienstvertrag

Meist als Arbeitsvertrag abgeschlossen, verpflichtet den Arbeitnehmer, die vereinbarten Leistungen zu erbringen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet diese Leistungen zu vergüten.

durchschnittliche Lagerdauer

Die durchschnittliche Lagerdauer gibt an, wie viel Tage ein bestimmter Artikel im Durchschnitt gelagert wird.

Formel: $360 / \text{Umschlagshäufigkeit}$

E

Der eiserne Bestand (Reserve)

Dient zur Absicherung eines reibungslosen Betriebsablaufes während einer Störung (Lieferschwierigkeiten etc.)

EStG

Abkürzung für Einkommensteuergesetz.

EKR

Der Einzelhandelskontenrahmen ordnet die für die Einzelhandelsbetriebe wichtigen Konten im Zehnersystem und ist in zehn Kontengruppen geordnet.

EWIV

Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung hat, nach Artikel 3 Absatz 1 EWIV-VO, den Zweck die wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Mitglieder zu erleichtern oder zu entwickeln sowie die Ergebnisse dieser Tätigkeit zu verbessern oder zu steigern. Sie ist als Instrument zur Zusammenarbeit verschiedener Gesellschaften oder Personen aus verschiedenen Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu verstehen.

e.K., e.Kfm

Abkürzende Schreibweise für eingetragener Kaufmann.

F

Formkaufmann

Wird eine juristische Person (GmbH, AG) nach ihrer Eintragung ins Handelsregister.

Firma

Ist vom bürgerlichen Namen zu unterscheidende Handelsname des Kaufmanns, unter der er seine Geschäfte betreibt und Unterschriften abgibt. Der Kaufmann kann unter seiner Firma klagen und verklagt werden (§ 17 HGB).

Frachtfrei (frei dort, frei Bahnhof)

Der Verkäufer trägt die Kosten bis zum Bestimmungsbahnhof.

Franchising

Das (Franchising), System vertraglich geregelter vertikaler Kooperation zwischen juristisch selbstständigen Unternehmen. Vgl. [Artikel „Franchising“](#)

Frei Haus (frei Keller, frei Lager)

Der Verkäufer übernimmt alle Kosten.

G

Generalvollmacht

die sich auf den gesamten Betrieb eines Handelsunternehmens bezieht, die auf eine bestimmte Art von Geschäften beschränkte Gattungsvollmacht sowie die für einzelne Aufträge geltende Spezialvollmacht.

Gewinneinkunftsarten

Nach § 4 Abs. 1 S. 1 EStG ist der Gewinn der Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluss des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen.

Gläubiger

Jemand, der Kraft eines Schuldverhältnisses berechtigt ist, von einem anderen (dem Schuldner) eine Leistung zu fordern (§241 BGB).

H

Handelsspanne

Die Handelsspanne ist die Differenz zwischen dem Nettoverkaufspreis (ohne Umsatzsteuer) und dem Bezugspreis.

Formel: $(\text{NettoVK} - \text{Bezugspreis}) \times 100 / \text{NettoVK}$

Hauptversammlung

Die Versammlung der Anteilseigner als Organ einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien.

HGB

Abkürzung für Handelsgesetzbuch. Das Handelsrecht ist das Sonderrecht der Kaufleute. Geregelt ist es im Handelsgesetzbuch. Das HGB trat am 01.01.1900 in Kraft.

Höchstbestand

Aus Platz- und Kostengründen darf der Höchstbestand, der beim Eintreffen der neuen Lieferung erreicht wird, nicht überschritten werden. Er ist die Summe aus eiserne Reserve und Wareneingang.

Formel: Eiserne Reserve + Wareneingang.

I

IBAN

IBAN steht für „*International Bank Account Number*“. Sie ist eine standardisierte internationale Bankkontonummer, die im Rahmen von SEPA für nationale und internationale Zahlungen verwendet wird.

Insolvenz

[zu lateinisch *solvere* »abtragen«] die, Zahlungsunfähigkeit (Insolvenzverfahren).

IHK, Industrie- und Handelskammer

Sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen allen Gewerbetreibenden in einem bestimmten Bezirk als Pflichtmitglieder angehören. Zu den primären Aufgaben der IHK gehören: die Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder, Förderung der Wirtschaft und Förderung der kaufmännischen und gewerblichen Weiterbildung.

Inventar

Das Inventar (lateinisch=*inventarium* = Bestandsverzeichnis) ist ein Verzeichnis aller Vermögensgegenstände (in Menge, Art und Wert) und Schulden eines Zeitraumes in Staffelform. Für die Bilanz bildet das Inventar die Grundlage. Vgl. [Artikel „Das Inventar“](#)

K

Kalkulationsfaktor

Der Quotient aus der Division von Bruttoverkaufspreis (BruttoVK) und dem Bezugspreis (auch Einstandspreis genannt). Der Kalkulationsfaktor wird mit dem Bezugspreis multipliziert, um zum Verkaufspreis zu gelangen.

Kalkulationszuschlag

Der **Kalkulationszuschlag** fasst mehrere Zuschläge zu einem Faktor zusammen. Dieser Prozentsatz wird auf den Bezugspreis (Einstandspreis) aufgeschlagen. Formel:

$(\text{BruttoVK} - \text{Bezugspreis}) \cdot 100 / \text{Bezugspreis}$

Kaufmann

(Istkaufmann) nach § 1 HGB ist, wer ein Handelsgewerbe betreibt. Vgl. auch Artikel [Der Kaufmannsbegriff](#).

Kannkaufmann

Ein gewerbliches Unternehmen, welches nach §1 HGB noch nicht als Kaufmann gelten tut, kann es mit der Eintragung ins Handelsregister nach holen.

KStG, Körperschaftsteuer

Körperschaftsteuergesetz, Abkürzung KStG. Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Körperschaftsteuertarif beträgt nach der Unternehmensteuerreform 2008 15% zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag. Weitere Informationen zur Körperschaftsteuer finden Sie auf der [Homepage des Bundesministeriums der Finanzen](#).

Kündigung

Auflösung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses vom Arbeitgeber oder dem Arbeitnehmer aus. Bei einer Kündigung von der Arbeitnehmerseite her, muss dieser mit Sanktionen vom Arbeitsamt rechnen (Sperrung des Arbeitslosengeldes), wenn kein triftiger Grund vorlag.

Kauf auf Abruf

Diese Art des Vertrages hat vor allem viele Vorteile für den Käufer, denn er kann große Mengenrabatte ausnutzen und hat dadurch niedrigere Lagerkosten, da er nur die Menge abrufen kann, die er gerade braucht.

Kauf auf Probe

Der Käufer kann die Ware bei Nichtgefallen, innerhalb einer vereinbarten Frist wieder zurückgeben. Üblich ist diese Art des Kaufvertrages im Versandhandel.

Kauf nach Probe

Der Verkäufer muss die Ware entsprechend einer bestimmten Probe liefern.

Konkurrenzklausele

Der Arbeitnehmer darf dem Arbeitgeber während und auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses keine Konkurrenz machen.

Komplementär (Vollhafter)

Der Komplementär haftet nicht nur mit seinem Geschäfts, sondern auch mit seinem Privatvermögen. Deshalb hat er auch Anspruch auf einen größeren Gewinnanteil.

Kommanditist

(Teilhafter) Haften nur bis zur Höhe ihrer Kapitaleinlage.

M

Der Meldebestand

Der Meldebestand gibt den Bestand an, an dem der Artikel wieder geordert werden muss, um die Verkaufsbereitschaft zu gewährleisten. Die Formel lautet:

Meldebestand = Tagesabsatz x Lieferzeit + Reserve

Mietvertrag

Beinhaltet die Überlassung einer Sache zum Gebrauch gegen Entgelt. Die Sache muss nach Beendigung des Mietvertrages zurückgegeben werden.

MoMiG

MoMiG ist eine Abkürzung und bedeutet voll ausgeschrieben: Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen. Das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) soll grundlegend modernisiert und zugleich dereguliert werden. Existenzgründungen sollen erleichtert und die Registereintragung von GmbHs beschleunigt werden. Die GmbH soll international wettbewerbsfähig sein. Missbrauchsfälle am Ende des Lebens der GmbH sollen bekämpft werden. [...] *Auszug aus dem Regierungsentwurf vom 23. Mai 2007.* Das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen ist am 1.11.2008 in Kraft getreten.

P

Pachtvertrag

Überlassung von Sachen und Rechten zum Gebrauch und Fruchtgenuss (Obst was auf dem gepachteten Grundstück wächst).

Probezeit

Gibt dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer die Möglichkeit zu testen, ob eine Zusammenarbeit sich lohnen würde.

Prokura

Prokura ist eine handelsrechtliche Art der Vollmacht, die nur an natürliche Personen durch ausdrückliche Erklärung erteilt werden kann und in das Handelsregister eingetragen werden muss. Die Prozessvollmacht berechtigt den Anwalt, vor Gericht für seinen Mandanten zu handeln; ihre Erteilung ist in den jeweiligen Verfahrensordnungen geregelt.

R

Rechtsobjekt

Als Rechtsobjekte werden Objekte bezeichnet, die der Herrschaft oder Verfügungsgewalt von Rechtssubjekten unterliegen. Zu den Rechtsobjekten gehören: Tiere, Sachen und Rechte.

Rechtssubjekt

Rechtssubjekte haben die Eigenschaft Träger von Rechten und Pflichten zu sein. Zu den Rechtssubjekten gehören die natürlichen Personen (Menschen) und die juristischen Personen (AG, GmbH usw.).

S

Saldo

Unterschied zwischen der stärkeren und schwächeren Seite eines Kontos. Bei Bestandskonten ist dies der End- oder Schlussbestand, bei Erfolgskonten Aufwand oder Ertrag.

Sitz

(§ 11 AO: Sitz): Den Sitz hat eine Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse an dem Ort, der durch Gesetz, Gesellschaftsvertrag, Satzung, Stiftungsgeschäft oder dergleichen bestimmt ist.

Schuldner

(lateinisch Debitor), die aus einem Schuldverhältnis verpflichtete Person, im Unterschied zum Gläubiger. Nach der ab 1.1. 1999 geltenden Insolvenzordnung derjenige, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet ist.

U

Umsatz

Die verkaufte Warenmenge zum Verkaufspreis. Die Umsatzstatistik liefert die nötigen Daten.

Unfrei (gesetzliche Regelung) Unfrei ab Bahnhof ab Bahnhof dort

Der Verkäufer trägt die Versandkosten bis zum Versandbahnhof. Alle weitere Kosten trägt der Käufer

V

Versetzung

Versetzung eines Arbeiters in eine andere Filiale bzw. Geschäftsgebiet.

Vertragsfreiheit

Verträge dürfen ohne irgendwelche Formschriften einhalten zu müssen abgeschlossen werden, dies gilt natürlich nicht, wenn Vorschriften / Gesetze etwas anderes vorschreiben.

Verschwiegenheitspflicht

Der Arbeitnehmer muss über betriebliche Belange (Umsätze, Einkaufskalkulation etc.) gegenüber Dritten Stillschweigen bewahren.

W

Wareneinsatz

Die Menge der verkauften Waren zum Einstandspreis (Bezugspreis).

Warenrohgewinn

Der Warenrohgewinn wird mit Hilfe des Gewinn- und Verlustkontos ermittelt und ergibt sich als Differenz zwischen den Umsatzerlösen und dem Wareneinsatz (Aufwendungen für Waren).

Werkvertrag

Verpflichtet den Unternehmer das versprochene Werk herzustellen. Der Käufer wird verpflichtet die Arbeit entsprechend zu vergüten.